

Vorlage Nr.: 2025/1271

Eingang: 22.12.2025

Entwicklungen und Auswirkungen der Bezahlkarte für Geflüchtete im Stadtgebiet Anfrage: Die Linke

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	27.01.2026	17	Ö	Kenntnisnahme

1. Wie viele Menschen erhalten im Stadtgebiet Karlsruhe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz?
 - a) An wie viele Menschen wurde die Bezahlkarte für Geflüchtete bislang ausgehändigt?
 - b) Wie viele Menschen werden die Bezahlkarte schätzungsweise erhalten?
 - c) Wann ist die Einführung der Bezahlkarte im Stadtgebiet voraussichtlich abgeschlossen?
2. Welche finanziellen und personellen Ressourcen mussten und müssen für die Einführung und Anwendung der Bezahlkarte auf kommunaler Ebene aufgewendet werden?
 - a) Welche finanziellen und personellen Ressourcen mussten für die Einführung der Bezahlkarte aufgewendet werden?
 - a) Welcher finanzielle und personelle Mehraufwand entsteht durch die laufende Anwendung des Bezahlkartensystems im Vergleich zur bisherigen Auszahlungsvariante der Transferleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz, bzw. werden erwartet?
 - b) Welche Kosten bzgl. der Einführung der Bezahlkarte wurden oder werden vom Land übernommen? Welche Kosten muss die Stadt selbst tragen?
3. Gilt für Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten eine feste Bargeldobergrenze?
 - a) Falls ja, wie hoch ist diese?
 - b) Wie viele Einzelfallentscheidungen bei denen die Verwaltung von der Regelpraxis abgewichen ist (z.B. Erhöhung der Bargeldobergrenze) wurden bislang getroffen?
4. Welche Einschränkungen im Zahlungsverkehr sind die mit der Nutzung der Bezahlkarte einhergehen sind der Verwaltung bekannt? (z.B. lokale Beschränkungen, Onlinehandel o.ä.)
 - a) Ist eine Form von „Whitelist“ eingeführt worden oder geplant?
 - b) Sind bei der Verwaltung bislang Beschwerden bezüglich Ausfällen oder anderen Funktionsbeeinträchtigungen hinsichtlich der Nutzung der Bezahlkarte eingegangen, oder sind der Verwaltung solche Probleme anderweitig bekannt geworden?

Begründung:

Wie die Verwaltung mittlerweile bekannt gegeben hat, soll nun auch im Stadtgebiet die Ausgabe von Bezahlkarten zur Regelpraxis für die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden.

Die Einführung der Bezahlkarte hat sich, wie im Vorfeld bereits befürchtet, in vielen Kommunen als diskriminierende Symbolpolitik herausgestellt, welche Geflüchtete Menschen inakzeptabel einschränkt und die Verwaltung eher be- als entlastet. Solange diese Praxis fortgeführt wird, muss sie daher genau untersucht und evaluiert werden. Hierzu haben wir in Kooperation mit dem Karlsruher Bürger*innenbündnis „Nein zur Bezahlkarte GbR“, einen Fragenkatalog an die Verwaltung zusammengestellt, um die Auswirkungen der Bezahlkarte fortlaufend zu überwachen.

Unterzeichnet von:
Anne Berghoff
Tanja Kaufmann